

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Postämtern 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Die Abonnenten erhalten gratis den Wilsdruffer Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bestellen und anfragen an jeder Zeit bei den Verkäufern oder bei den Postämtern. Die Wilsdruffer Tageszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.



Wilsdruff-Dresden: Die 4-spaltige Raumgröße 200 x 250 mm, die 2-spaltige Raumgröße im täglichen Teile 100 x 250 mm. Nachdruckgebühr 20 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 198. 85. Jahrgang. Telagr.-Nr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 25. August 1926

Innere Stärkung.

Aus Japan kommt eine Meldung, aus der hervorgeht, daß dieses Land in seiner bisherigen Auswanderungspolitik eine grundlegende Änderung vorgenommen hat. Eine große südwestasiatische Handelskonferenz wird von den Japanern in Tokio geplant. Bei der Ankündigung dieses Planes erklärte nun unvermittelt ein Mitglied des japanischen Auswärtigen Amtes, daß man die gesamte Auswanderungspolitik umgestoßen habe, nachdem man die Zwecklosigkeit und die Torheit der früheren Bemühungen eingesehen habe, den Überschub der Bevölkerung dorthin zu senden, wo er nicht gewünscht werde. Japan will deshalb in Zukunft davon absehen, die Auswanderung nach Amerika und Australien zu fördern, wie es bisher geschehen ist. Es will sich vielmehr darauf beschränken, seine dünner besiedelten eigenen Landesteile, wie die Inseln Hokkaido, Formosa und andere ihm zugehörigen Gebiete, zu kolonisieren. Gleichzeitig wird der Zweck dieser Änderung angegeben. Japan will sich im eigenen Lande eine gewaltige Industrie aufbauen, um sich so auf die Ausfuhr nach dem Stillen Ozean konzentrieren zu können.

Bei den Kennern der Probleme des Fernen Ostens dürfte diese Programmänderung einiges Aufsehen erregen, bedeutet sie doch nichts weniger, als daß Japan seinen alten Plan aufgibt, vermöge seines Menschenüberschusses allmählich aus dem Stillen Ozean ein japanisches Meer zu machen. Es will sich in Zukunft mit seiner Durchdringung durch japanische Waren begnügen. Im Lande wird man vielleicht der Regierung vorwerfen, vor den Vereinigten Staaten und auch vor Australien zurückgewichen zu sein. Andere wieder werden meinen, Japan hätte aus der Not eine Tugend gemacht. Aber bei der Eigenart der ganzen Einstellung der japanischen Politik und bei ihrer Zielstrebigkeit, die nie gewaltsam etwas zu erreichen sucht, was ihr letzten Endes doch in den Schöpf fallen muß, kann man annehmen, daß Japan jetzt erkannt hat, welchen Wert die Stärkung des sogenannten inneren Marktes hat. Daß es damit großartige kolonialisatorische Pläne verfolgt, die natürlich auch auf das asiatische Festland übergrreifen werden, steht auf einem anderen Blatte. Wenn man die Dinge aber tiefer betrachtet, wird man erkennen, daß Japan hier einen außerordentlich geschickten Schachzug tut. Es räumt den Hauptstreitpunkt mit den Vereinigten Staaten aus dem Wege. Dadurch wird es von Handeln ferngehalten und kann bei einem Streite um die Seeherrschaft im Stillen Ozean zwischen den beiden wirklichen Rivalen, den Vereinigten Staaten und England, ruhiger Zuschauer bleiben und dabei nach Art der Vereinigten Staaten im Weltkriege schließlich die Früchte des Kampfes der anderen in die eigene Tasche stecken.

Das japanische Vorgehen ist für uns in Deutschland sehr lehrreich, ganz abgesehen davon, daß der wieder zunehmende Handel Deutschlands in Ostasien durch die japanischen Pläne in Mitleidenschaft gezogen werden dürfte. Als und zu spürt noch in den Köpfen der Gedanke von den zwanzig Millionen Menschen, die zuviel auf deutschem Boden leben. Dieser Ausspruch Clemenceaus hat inzwischen die verschiedensten Variationen gefunden, die sich nach zwei Richtungen hin auswirken versuchen. Mitte des vorigen Jahrhunderts war Deutschland das Land, das mit die meisten Auswanderer stellte, so daß man direkt von einem deutschen Kulturbürger sprechen konnte. Das hörte mit der Gründung und dem schnellen Aufstiege des Deutschen Reiches auf. Jetzt stehen wir wieder vor den alten Fragen und sehen eine steigende Auswanderung, die noch viel stärker sein würde, wenn nicht die Verarmung des ganzen Volkes einen Hemmschuh anlegte. Japans Beispiel zeigt nun den Wert des eigenen Volksgenossen für die Volksgemeinschaft und wie er für die Wohlfaht des Landes nutzbar gemacht werden kann. Zuerst ist Erhaltung im Innern notwendig, der dann von selbst die Wirkung nach außen folgt. Deutschland bedarf wahrscheinlich in erster Linie einer inneren Kolonisation. Es ist erfreulich, daß man jetzt bei uns energisch an die Ausführung solcher Gedanken herangeht. So soll besonders die Agrarfrage weiter ausgearbeitet werden. Aber auch im Herzen Deutschlands ist noch viel zu tun. Wir können unsere Bevölkerungüberschub bis zu einem gewissen Grade sicher selbst unterbringen.

Nichts wäre natürlich verkehrter, als die Auswanderung ganz unterbinden zu wollen. Im Gegenteil, das Deutschland im Auslande braucht die Zufuhr frischen Blutes. Das Auslandsdeutschtum geht aber verloren, wenn es eine schwache Heimat hinter sich hat. Deshalb ist es Pflicht, deren Kraft zu stärken. Politisch werden wir nach dem schlimmen Ausgang des Weltkrieges noch lange in der zweiten Linie stehen müssen, aber schließlich muß uns eine intensive innere Arbeit wieder die nötige wirtschaftliche Stärke verleihen und uns damit von selbst nach vorn bringen.

Uruguay erkennt Sowjetrußland an.

Reinhart. Wie aus Montevideo gemeldet wird, hat die Regierung von Uruguay die Sowjetunion de jure anerkannt. Der uruguayische Vertreter in Genf wird auch Deutschlands Antrag auf einen Ratssitz im Völkerbund unterstützen.

Das Programm der Genfer Ratstagung.

Völkerbundrat am 2. September.

Die Tagesordnung. Das Völkerbundsekretariat teilt offiziell mit, daß die 41. Session des Völkerbundrates am 2. September beginnt und für die ganze Dauer der Tagungen der Vollversammlung unter dem Vorsitz des Vertreters der Tschechoslowakei, Dr. Benesch, stehen wird. Die gleichzeitig veröffentlichte vorläufige Tagesordnung enthält die folgenden Punkte: Bericht des Gesundheitsausschusses, der Mandatskommission, des Finanzkomitees, des Wirtschaftskomitees, der Verkehrsmission, der Kommission für geistige Zusammenarbeit und der Opiumkommission. Der Rat wird außerdem die Schlussberichte der General-Kommissare des Völkerbundes in Wien und in Budapest entgegennehmen. Er wird sich ferner mit der griechischen bzw. bulgarischen Flüchtlingsfrage, mit der finanziellen Lage der Stadt Danzig, mit der Frage der Sicherheit der Saareisenbahnen und mit einem Antrag Englands, Frankreichs, Italiens und Japans wegen der Beschwerde des Haseunates von Nemel gegen die litauische Regierung zu beschäftigen haben. Die litauische Regierung hat zu dieser Beschwerde ein Memorandum verfaßt, das bei diesem Punkte ebenfalls zur Prüfung vorliegt.

Den letzten Punkt der vorläufigen Tagesordnung für die Arbeiten des Völkerbundrates bildet der Bericht der Studienkommission für die Ratsorganisation, dem die am 30. August zusammentretende Kommission die letzte Redaktion zuteil werden lassen wird.

Genf und Saar.

In der Frage der Sicherheit der Saareisenbahnen besteht zwischen dem Präsidenten der Saarregerung und dem Saarvertreter einerseits sowie den drei frankophonen Mitgliedern der Saarregerung andererseits ein gewisser Gegensatz. Der Präsident und der Saarvertreter halten die Anwesenheit und das Eingreifen der beiden französischen Bataillone im Saargebiet für unzulässig. Der Präsident ist bereit, im Notfall ein Eingreifen der französischen Truppen, die jedoch außerhalb des Saargebietes stationiert sein müßten, zu gestatten. Die oppositionellen Mitglieder der Regierung wollen, daß die französischen Truppen im Saargebiet bleiben.

Deutschland und die Völkerbundtagung.

Wie man aus unterrichteten Kreisen in Berlin erfährt, wird die deutsche Völkerbunddelegation sich erst nach Genf begeben, wenn dort die Lage soweit geklärt ist, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund feststeht.

Neue Schwierigkeiten durch Spanien.

Der in Madrid unter dem Vorsitz des Königs tagende Kabinettsrat hat beschlossen, die Forderung Spaniens auf einen ständigen Ratssitz unverändert aufrechtzuerhalten. Ferner sollen die diplomatischen Vertreter Spaniens angewiesen werden, Spaniens Anspruch auf Tanger bei den ausländischen Regierungen darzulegen. Ferner verlaute, daß der Vorschlag, den Spanien der britischen und der französischen Regierung unterbreitet hat, verlange, Spanien für eine Reihe von Jahren das Mandat über Tanger durch den Völkerbund zu übertragen. Dieser Vorschlag sei in unabweislichen Ausdrücken mit Spaniens Anspruch auf einen ständigen Ratssitz verbunden worden.

Polens Ansprüche.

Der polnische Außenminister Jaleski wird sich auf seiner Reise nach Genf vorher nach Brüssel und

Ruhe in Griechenland.

Streben nach Besserung der Wirtschaftslage. Nach Meldungen aus Athen herrscht in ganz Griechenland völlige Ruhe. Die Verhaftung des Generals Pangalos hat nirgends irgendwelche Unruhen hervorgerufen. In Athen haben umfangreiche Kundgebungen für General Kondilis stattgefunden, an denen sich auch die Arbeiterorganisationen beteiligten haben. Der Führer der bisherigen Opposition, General Metaxas, der vor einiger Zeit auf Anordnung des Generals Pangalos aus Griechenland ausgewiesen worden war, ist nach Athen zurückgekehrt. General Kondilis erklärte einem ausländischen Journalisten, das einzige Mittel zur Beseitigung der Revolution sei die Wiederherstellung der durch General Pangalos abgeschafften Freiheit. Er sehe über den politischen Parteien, obwohl er der Führer der Nationaldemokratischen Partei sei. Er habe sich der Armee bedient, um die Diktatur Pangalos zu zerbrechen, weil diese die einzige Macht sei, um die Tyrannie zu Fall zu bringen. Sobald Admiral Konduris eingetroffen sei, werde

Paris begeben, um mit der belgischen und mit der französischen Regierung zu verhandeln. Jaleski soll mit genauen Instruktionen des Ministerrates reisen und für Polen einen ständigen Ratssitz oder einen periodischen Ratssitz mit der Garantie der Wiederwahl nach drei Jahren verlangen. Ein der Regierung nahestehendes Blatt bemerkt, Polen müsse aus dem Völkerbund austreten, wenn seiner Forderung nicht Rechnung getragen würde.

Der französische Standpunkt für Genf.

Eigener Fernsprechsienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 25. August. Die genaue Festlegung der Richtlinien der französischen Regierung für ihre Genfer Delegation wird erst nach den neueren Beschlüssen des Kabinetts in dieser Woche erfolgen. Die spanische Affäre hat jedoch in politischen Kreisen die Diskussion über das Programm für Genf bereits stark in Fluß gebracht und auch am Quai d'Orsay zu Besprechungen Veranlassung gegeben, deren Inhalt und Ergebnis geeignet sein können, den voraussichtlich endgültigen französischen Standpunkt in der Ratsfrage voraus zu bestimmen. Es ergibt sich nach Äußerungen aus dem Quai d'Orsay nahestehenden Kreisen etwa nachstehendes Bild: Die französischen Parlamente haben mit überwältigender Mehrheit die Locarnoverträge gut geheißen und als Voraussetzung für eine endgültige Inkraftsetzung der Locarnoverträge den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anerkannt. Die französische Politik kann daher nur darauf hinauslaufen, die Erteilung eines ständigen Ratssitzes allein an Deutschland zu begünstigen. Die Außenpolitik Briands baut sich nach wie vor auf den Locarnoverträgen auf und ein abermaliges Scheitern in Genf würde zu einem verhängnisvollen Rückschlag führen. Die vorläufige Authentizität dieser Auffassung dürfte durch eine vom Quai d'Orsay an die französische Presse ergangene Weisung als bestätigt gelten können, wonach das Außenministerium erklärt, daß es in der Frage der Locarnoerträge in ihren Konsequenzen keine weiteren Dispositionen für gegeben erachte. Wegen der spanischen Forderung über Tanger ist ein klares Bild noch nicht zu erhalten, doch liegen Anzeichen dafür vor, daß man am Quai d'Orsay das von London vorgeschlagene Kompromiß, Spanien ein langjähriges Völkerbundmandat über Tanger zuzuteilen, gutheißen könnte. Briand meint man, würde damit auf der einen Seite den spanischen Wünschen auf Tanger eine gewisse Erfüllung gewähren und auf der anderen Seite das Verbleiben Spaniens im Völkerbunde sichern.

Japans Vertretung in Genf.

Eigener Fernsprechsienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 24. August. Nach einer Meldung aus Tokio hat der japanische Außenminister den Pariser japanischen Botschafter Grafen Ishii beauftragt, Japan auf der bevorstehenden Völkerbundversammlung zu vertreten. Er hat ihm in Bezug auf die Stellung Japans in Genf völlige Freiheit gelassen.

Der deutsche Kanalschwimmer Kemmerich gibt auch auf.

London, 25. August. Von den beiden deutschen Schwimmern, die versuchten, den Kanal zu überschwimmen, hat nunmehr auch der zweite, Kemmerich, aufgeben müssen. Er wurde sechs Meilen von der englischen Küste entfernt von einem Delfin angegriffen, der ihm schwere Verletzungen in der Magenenge beibrachte. Es ist noch nicht einwandfrei festgestellt, ob Kemmerich nur von einem Delfin angegriffen wurde oder sogar von einem Hai. Kemmerich wurde halb bewußtlos aus dem Wasser gezogen.

Erbitterung gegen Pangalos.

Als das Automobil, in dem Pangalos nach Athen zurückgebracht wurde, das Fluchlingsviertel passierte, verfolgte die Menge, der ehemaligen Diktator zu hinhaken, und es gelang den Begleitmannschaften nur mit Mühe, ihn freizumachen. Der Frau des Generals Pangalos ist es nicht gelungen, ins Ausland zu entfliehen. Die Zeitungen bedienen sich der wiedergewonnenen Pressefreiheit und zählen nicht weniger als dreihundert von Pangalos gemachte irreguläre Geschäfte auf. Durch die einseitige Untersuchung würde sich ergeben, daß es sich um einen wahren Skandal handele. Mit Ausnahme von Pangalos, dem Staatssekretär Maty und Generalstaatsanwalt Pufides sowie drei weiteren Persönlichkeiten sind sämtliche Personen, die festgenommen worden waren, wieder freigelassen worden.